

KULTURAUSSCHUSS

„Ungeheuer, was hier geleistet wurde“

Von Jan Sting, 23.06.10, 17:32h

An der Kultur in Leverkusen muss gespart werden. So lautet der Befehl aus Köln. Dass die Stadt unter anderem den Zuschuss für die Kulturstadt Leverkusen bereits um fast eine Million Euro reduziert hat, ist noch nicht genug.

LEVERKUSEN Eine Welle der Solidarität ging durch den Kulturausschuss, als das Thema Sparen anstand. Die Bezirksregierung hatte die Erstellung eines Konsolidierungskonzepts für den städtischen Kulturbetrieb verlangt und im Mai noch einmal energisch angemahnt. Die bisherigen Sparmaßnahmen reichen der Aufsichtsbehörde nicht aus. Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn antwortete dem Regierungspräsidenten jetzt. Und schob auf. „Ich setze Ihr Verständnis dafür voraus, dass eine vorzeitige und damit von der Gesamtbetrachtung losgelöste Sonderbehandlung des Kulturbereichs im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wenig Sinn macht“, schreibt Buchhorn an Hans Peter Lindlar.

Detailliert bekam die Kölner Behörde allerdings die bisherigen Sparmaßnahmen der Kulturstadt Leverkusen (KSL) aufgelistet. Der Betrieb ist auch für Stadtarchiv, Volkshochschule, Museum, Musikschule und Jugendkunstgruppen zuständig. Jährlich zahlt die Stadt netto 8.845.000 Euro Zuschuss. Im Vergleich zum Gründungsjahr der KSL 2002 wurde dieser Zuschuss um 900.000 Euro reduziert. Ihrerseits hat die KSL seit ihrem Bestehen bereits viel gespart. Mehr Einschnitte dürfte es nach Ansicht von Betriebsleiterin Marion Grundmann keinesfalls geben.

800.000 Euro mehr erlöst

Der Personalstand sank seit Gründung der KSL von 244 auf 181 Mitarbeiter. „Die Tarifierhöhungen seit 2002 in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro wurden kompensiert, so dass eine Zuschusserhöhung verhindert werden konnte“, erklärt Buchhorn. Die Erträge seien in den vergangenen acht Jahren durch Erhöhung der Eintrittspreise, Schließungen oder Zusammenlegungen von Einrichtungen oder Kürzungen von Zuschüssen um rund 800.000 Euro gesteigert worden.

„Das ist ungeheuer, was hier geleistet wurde. Ich halte es für eine ungeheure Zumutung, was der RP fordert“, ärgerte sich Hans Klose (SPD). Sein Fraktionskollege Ernst Küchler hätte die Antwort aus Leverkusen gerne noch schärfer formuliert gesehen. „Wir haben eine kommunale Selbstverwaltung. Diese Form der Bevormundung müssen wir uns verbitten.“ Land und Bund seien an der Finanzmisere der Kommunen schuld.

Skeptisch zeigte sich Küchler angesichts der von der Verwaltung eingerichteten Arbeitsgruppe, die bis nach den Sommerferien alle bisherigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung nochmals auf den Prüfstand stellen will. „Bei der Musikschule wie den Schwimmbädern haben wir die Preise erhöht. Die

Nutzerzahlen gingen zurück, die Einnahmen auch. Zur Konsolidierung haben wir nichts beigetragen, aber weniger Kunden bedient. Das ist bürgerfeindlich“, sagte Kückler.

Bernhard Marewski (CDU) erklärte, dass kein Fachbereich so konsequent die geforderten Sparvorgaben umgesetzt habe wie die Kulturstadt. „Die Grenze ist erreicht. Das muss doch auch einmal in Köln ankommen.“ Marewski stellte den Antrag, dass OB und Verwaltung in ihrem Schreiben an den RP die volle Rückendeckung seitens der Ausschussmitglieder erhalten. Bei zwei Enthaltungen der Bürgerliste wurde das einstimmig beschlossen.

<http://www.leverkusener-anzeiger.ksta.de/jla/artikel.jsp?id=1273823448778>

Copyright 2010 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.